

Auf Sand gebaut



Wie Freihandel die Teersand-Extraktion vor der Umwelt schützt

Häufig wird behauptet, ein steigender Ölpreis sei gut für die Umwelt. Schließlich senkt er die Nachfrage – einerseits. Andererseits wird mit steigendem Ölpreis die Ausbeutung „unkonventioneller“ Ölreserven interessant – zum Beispiel die gigantischen Teersand-Vorkommen in Kanada. Sie zeigen: Das unbedingte Festhalten am fossilen Wachstumsmodell gibt es nur zum Preis dramatischer sozialer und ökologischer Schäden. Klimapolitische Ziele werden dann zur Farce. Das Freihandelsabkommen CETA, welches momentan zwischen der EU und Kanada verhandelt wird, würde diese wahrscheinlich dreckigste Form der Energiegewinnung gegenüber Umweltschutzbemühungen auf beiden Seiten des Atlantiks absichern. Zum einen unterwandert es die europäische Fuel Quality Directive, die die Nutzung von Öl aus Teersanden in der EU unattraktiv machen würde. Zum anderen gibt sie europäischen Konzernen freie Hand in Kanadas Wäldern und stellt deren Profitinteressen über die Zukunft des Planeten. Wieder einmal zeigt sich: Freihandel blockiert Umweltschutz.

PowerShift



Forum Umwelt
und Entwicklung

Hintergrund: Die CETA-Verhandlungen

Angesichts der Blockade in den Verhandlungen über eine neue WTO-Handelsrunde, die seit mehreren Jahren anhält, beschlossen Vertreter der kanadischen Regierung und der EU-Kommission im Mai 2009, ein bilaterales Freihandelsabkommen zu verhandeln: das Canada-EU Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). Als Ziel wurde formuliert, die Verhandlungen bis Ende 2011 zum Abschluss zu bringen und damit eine Freihandelszone einzurichten, deren Bestimmungen weit über jene der Welthandelsorganisation hinausgehen. Das CETA stellt damit ein besonders pointiertes Beispiel für die Tendenz dar, die Blockade der WTO-Verhandlungen mit einer Vielzahl bilateraler Handelsabkommen zu umgehen. Diese ziehen häufig weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit und Kritik auf sich, sind aber dennoch nicht einen Deut weniger problematisch, wie das Beispiel Teersande zeigt.

Die Teersand-Katastrophe

Kanada gehört zu den weltweiten Vorreitern in der Extraktion von Teersanden. Obwohl die Förderung bereits seit den 1940er Jahren betrieben wird, gelang der technologische und kommerzielle Durchbruch erst in den 90ern. Als die gigantischen Bestände an Ölsanden, die hauptsächlich in der Provinz Alberta lagern, offiziell anerkannt wurden, stieg Kanada auf einen Schlag auf Platz 2 der globalen Erdölreserven auf (vorher: Platz 21) und ließ damit unter anderem Irak und Iran hinter sich. Es war die Rede vom „schwarzen Gold“, dem „Achten Weltwunder“ und „Rohstoffen jenseits der Vorstellungskraft“. Dass dies jedoch erst im Jahr 2003 erfolgte, liegt daran, dass sich die Ausbeutung von Ölsanden erst ab einem Ölpreis von 70-100 US-\$ pro Barrel rechnet – ein Preis, der erst nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf Dauer nicht mehr unrealistisch erscheint.

Die hohen Kosten entstehen durch den massiven Aufwand, der zur Ausbeutung der Teersande notwendig ist. Das Öl sprudelt nicht einfach so aus dem Boden, sondern liegt als sog. Bitumen vor, eine zähflüssige, dunkle und übel riechende Masse, die überdies noch mit Sand, Ton und Schlick vermischt ist. Zunächst muss das Bitumen aus dem Sand gewaschen werden, um dann aufwendig mit Wasserstoff zu verwertbarem Öl raffiniert zu werden.

Der gesamte Prozess kommt einem ökologischen Desaster gleich:

Der Energieeinsatz ist gewaltig und wird hauptsächlich mit Erdgas bestritten. Für den täglichen Output von gegenwärtig 2,9 Mio. Barrel pro Tag wird mehr Gas benötigt als zum Beheizen aller kanadischen Haushalte zusammen. Die Energieintensität der Ölgewinnung ist daher in etwa dreimal so hoch wie die herkömmlicher Kraftstoffe. Erfüllen sich die Hoffnungen der kanadischen Regierung, die Förderung bis 2030 auf 3-5 Mio. Barrel am Tag zu erhöhen, würde dies jährliche Treibhausgasemissionen in der Größenordnung von mehr als 130 Megatonnen CO₂ nach sich ziehen – knapp so viel wie ganz Belgien jährlich produziert. Mit dem Ziel der globalen Klimapolitik, den Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen und Kanadas Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls, ist die Ausbeutung von Teersanden daher nicht zu vereinbaren. Teersand-Extraktion braucht riesige Mengen Wasser, hauptsächlich um das Bitumen aus dem Sand auszuwaschen. Jede Tonne Bitumen benötigt etwa 2-5 Tonnen Wasser, von denen lediglich 10 Prozent wieder in die Flüsse und Seen zurück gelangen.

Der Rest wird in riesigen Abraum-Seen gelagert, die eine Gesamtfläche von 50 Quadratkilometern ausmachen. Der Abraum enthält große Mengen Naphtensäure, die leicht entweichen und toxische Wirkung entfalten. Angehörige der im Fördergebiet lebenden First Nations berichten von einer deutlich erhöhten Krebsrate.

Dies wird mitverursacht durch die erhebliche Luftverschmutzung. Es werden Stick- und Schwefeloxide, flüchtige Kohlenwasserstoffe und Feinstaub frei. In einigen Gebieten wird eine erhöhte Konzentration von saurem Regen gemessen.

Gegenüber den Teersand-Feldern nimmt sich der Flächenverbrauch der deutsche Braunkohlewüsten geradezu bescheiden aus. Die gesamten Bestände an Ölsanden verteilen sich auf eine Fläche von 149.000 Quadratkilometer, was 23 Prozent der gesamten Provinz Alberta entspricht. Durch ihren Abbau sind Artenvielfalt und borealer Wald bedroht, und viele First Nations beklagen massive Eingriffe in ihre traditionellen Nutzungsrechte. Der Bau von Pipelines zerstückelt die Waldflächen. Es kam zudem bereits zu mehreren Unfällen und Waldbränden.

All dies sind mehr als genug Gründe, die Teersande im Boden zu lassen. All dies hält Regierungen und Industrie aber dennoch nicht davon ab, weiter auf die Ausbeutung solcher sog. „unkonventioneller“ Ölreserven zu bauen. Die kanadische Regierung fördert die Ölindustrie mit massiven Steuererleichterungen. Aber auch Vorkommen in Jordanien, Venezuela, Russland, dem Kongo oder Madagaskar stehen vor der Erschließung. Es droht damit eine Vervielfachung der ökologischen und sozialen Schäden. Ganz vorne mit dabei sind aber auch europäische Ölkonzerne. British Petroleum, gänzlich unbeeindruckt von der „Deepwater Horizon“-Katastrophe und alles andere als „Beyond Petroleum“ (wie der Unternehmens-Slogan lautet), hält beispielsweise an seinem 1,5 Mrd. US-\$ Investment in das sog. Sunshine-Projekt in Alberta auch gegen Proteste der eigenen Aktionäre fest. Auch Shell, Statoil, oder Total stecken tief im Geschäft mit dem dreckigen Öl. Angesichts knapper werdender Ölreserven nähren die Teersande die Hoffnung auf ein Weiter So. Dabei ist klar, dass dieser ökologischen Katastrophe durch politisches Eingreifen Einhalt geboten werden muss.

CETA: Freihandel contra Umweltschutz

Hier kommt jedoch die entstehende europäisch kanadische Freihandelszone CETA ins Spiel. Sie wirft einer möglichen politischen Antwort auf die Teersand-Problematik auf beiden Seiten des Atlantik Knüppel zwischen die Beine.

Die EU Fuel Quality Directive

Ein wichtiger Hebel im Kampf gegen die Ausweitung der Teersand-Extraktion findet sich in der Energiepolitik der Europäischen Union. In Europa selbst gibt es zwar keine nennenswerten Vorkommen an Teersanden. Die kanadischen Vorkommen werden aber zu 72 Prozent zu Treibstoffen verarbeitet, die früher oder später in der EU genutzt werden könnten. Noch immer wachsen die Treibhausemissionen des Transportsektors in der EU rasant – eine Bilanz, die sich durch den Einsatz der Ölsande noch massiv verschlechtern würde. Durch Umweltstandards im Verkehrsbereich ließe sich hier frühzeitig Einfluss nehmen, so dass die Teersand-Extraktion zumindest von der Nachfrageseite gedrosselt würde. Angesichts der vielen geplanten Extraktionsvorhaben rund um die Welt erhält die EU-Umweltpolitik damit eine wichtige Signalwirkung weit über ihren tatsächlichen Verbrauch an kanadischem Teersand hinaus.

Hier kommt die Fuel Quality Directive (FQD) ins Spiel, die die EU im Jahr 2009 verabschiedet hat. Artikel 7(a) sieht vor, dass die sog. Lebenszyklus-Emissionen des europäischen Verkehrssektors um mindestens 6 Prozent sinken müssen. Der Lebenszyklus umfasst alle Verarbeitungsschritte einer Einheit Treibstoff von der Extraktion aus dem Boden bis zur Verbrennung im Motor. Gerade die Emissionen, die bei der Verbrennung entstehen, sind aber kaum zu verändern. Eine Umsetzung der Direktive muss daher in erster Linie bei Zusammensetzung und Herstellung von Treibstoff ansetzen. Denkbar ist einerseits die Erhöhung des Anteils von Agrotreibstoffen wie Ethanol. Entgegen vieler Behauptungen verursachen diese jedoch oft bei der Herstellung kaum geringere bzw. teilweise sogar höhere Lebenszyklus-Emissionen als konventioneller Kraftstoff und stehen daher im Zentrum massiver Kritik.

Zum anderen ließen sich bei der Herstellung des konventionellen Kraftstoffes erhebliche Effizienzgewinne erzielen. Und dies betrifft eben auch die Extraktion von Ölsanden. Denn auf Ölsanden basierender Kraftstoff hat zwischen 37 und 40 Prozent höhere Lebenszyklus-Emissionen als konventioneller Kraftstoff.

Die EU-Kommission hat bei der Umsetzung der Richtlinie, die im Januar 2011 in Kraft getreten ist, bislang jedoch einseitig auf die erste Möglichkeit gesetzt. Während die Richtlinie auch in der Öffentlichkeit einseitig mit der Erhöhung des Biokraftstoff-Anteils in Verbindung gebracht worden ist, werden die Möglichkeiten im Bereich Herstellungseffizienz nach gegenwärtigem Stand verschenkt. Das Problem ist nämlich, dass die Kommission in ihrer Berechnungsmethode bislang von einem einzelnen Durchschnittswert für alle fossilen Benzinsorten ausgeht. Mit anderen Worten heißt das: Die Kommission nimmt an, Benzin hätte unabhängig von Herkunft und Herstellungsmethode immer Lebenszyklus-Emissionen von 85,8g CO₂ pro Megajoule Energiegehalt. Angesichts der massiven Unterschiede zwischen Teersand-Extraktion und herkömmlichem Öl ist diese Annahme jedoch kaum haltbar und verschafft den besonders dreckigen Kraftstoffsorten indirekt einen Vorteil. Notwendig wäre stattdessen eine Berechnungsmethode, die den Unterschieden der Kraftstoffsorten gerecht wird. Als Reaktion darauf hat sich 2010 daher eine breite zivilgesellschaftliche Koalition gebildet, die für eine differenziertere Betrachtung der Treibstoffsorten eintritt. Auf Druck dieser Kampagne hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments im Herbst 2010 die Kommission aufgefordert, einen eigenen Lebenszyklus-Wert für Ölsande in die Umsetzungsbestimmungen der FQD aufzunehmen.



↑ Abbaugelände in der Nähe des Athabasca River in der Provinz Alberta
Foto: Rainforest Action Network/flickr



↑ Protest vor dem Weißen Haus in Washington anlässlich eines Besuchs des kanadischen Umweltministers im März 2009
Foto: Rainforest Action Network/flickr



Protest vor der „Canadian Association of Petroleum Producers Investors Conference“ am 16.06.2008 Foto: itzafineday/flickr →

Dieses Ansinnen wies die EU-Kommission mit der Begründung zurück, für einen solchen Wert lägen keine wissenschaftlichen Daten vor. Sie versprach aber, diese bis Ende des Jahres einzuholen. Eine unabhängige, begutachtete („peer reviewed“) Studie der Universität Stanford liegt inzwischen vor. Umweltkommissarin Hedegaard kündigte schließlich im März 2011 gegenüber den EU-Mitgliedsstaaten an, dass die EU-Kommission einen gesonderten Wert für Ölsande in Höhe von 107g CO₂ pro Megajoule vorschlagen werde, um damit der unterschiedlichen Ökobilanz Rechnung zu tragen. Doch obwohl die Richtlinie eigentlich Anfang 2011 in Kraft treten sollte, ist die Kommission noch immer nicht tätig geworden – aufgrund von Uneinigkeit unter den KommissarInnen, ob ein solcher Schritt wirklich getan werden sollte. Insbesondere eine wirtschaftsfreundliche Koalition aus Günther Oettinger (Energie), Antonio Tajani (Wettbewerb) und Karel De Gucht (Handel) befürchtet, dass ein gesonderter Wert für Teersande die CETA-Verhandlungen gefährden könnte.

Dies liegt nicht zuletzt am massiven Lobbying der kanadischen Regierung in den letzten Monaten. Im Februar 2011 wurde ein internes Briefing der Kommission bekannt. Dort heißt es, Kanada habe die Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten intensiv bearbeitet, keine separate Behandlung für die Teersande in die Umsetzung der Richtlinie aufzunehmen. Kanada soll sogar mit einem Scheitern der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU gedroht haben, das eigentlich in diesem Jahr zum Abschluss gebracht werden soll. Aber auch wenn die kanadische Regierung eine Verbindung von FQD und CETA bestreitet, ist doch klar, dass sie alle verfügbaren handelspolitischen Hebel in Bewegung setzen will. Im März 2011 veröffentlichte die Nachrichtenagentur Reuters einen Brief

der kanadischen Regierung an die EU-Kommission, in dem indirekt mit einer Klage bei der Welthandelsorganisation gedroht wird, sollten die FQD-Pläne in die Tat umgesetzt werden. Dies würde sicher ein massives Hindernis für den Abschluss der CETA-Verhandlungen bedeuten.

Weil die Erfolgsaussichten einer solchen Klage jedoch eher gemischt sind, handelt es sich bei all dem vermutlich eher um eine Drohgebärde, um Druck auf die EU innerhalb der CETA-Verhandlungen auszuüben. Denn nach kanadischem Willen soll das CETA-Vertragswerk so gestrickt werden, dass eine produktdiskriminierende Umweltgesetzgebung nicht mehr möglich wäre. Schließlich würde ein gesonderter Teersand-Wert innerhalb der FQD einseitig Importprodukte (nämlich kanadische Teersand-Kraftstoffe) betreffen und ließe sich damit als Handelsverzerrung interpretieren. Und während die EU-Kommission bis jetzt darauf beharrt, solche Umweltregulierungen weiterhin zu erlauben, die durch internationale Verträge abgesichert sind (was im Falle der FQD, die in direkter Verbindung mit dem Kyoto-Protokoll steht, gegeben wäre), will Kanada gerne ein generelles Verbot importdiskriminierender Regulierungen erwirken. In diesem Sinne geht es bei dem gegenwärtigen diplomatischen Tauziehen nicht nur um die Umsetzung der FQD an sich, sondern auch um die Frage, wie viel Umweltschutz im Rahmen des Freihandelsregimes in Zukunft möglich sein soll. Wenn CETA nach kanadischer Lesart Wirklichkeit wird, ist der Teersand-Politik der EU effektiv ein Riegel vorgeschoben.

Freie Hand für EU-Konzerne in Kanadas Wäldern

Es wäre aber falsch, den Konflikt um die Teersande als „gute EU“ gegen „böses Kanada“ zu zeichnen. Die Einbeziehung der Ölsande in die FQD ist nur dem nachhaltigen Druck zivilgesellschaftlicher Akteure zuzuschreiben und sicher nicht dem ökologischen Gewissen der EU-Kommission. Außerdem sind es gerade auch europäische Konzerne wie die britische BP, die niederländische Shell oder die (staatseigene!) norwegische Statoil (allerdings nicht Mitglied der EU), die in kanadische Ölsand-Extraktion investieren. Und das CETA-Abkommen würde die Aktivitäten dieser Konzerne weiter absichern. Eine Besonderheit, mit der das geplante CETA-Vertragswerk über die WTO hinausgeht, sind die Regeln zum sog. Investitionsschutz. Die sehen vor, dass ein InvestorIn eine Regierung verklagen kann, wenn seine/ihre Gewinnaussichten durch z.B. Umweltregulierungen geschmälert werden. Im Falle der Teersande würde das bedeuten: Für bestehende und zukünftige Investitionen europäischer Konzerne in die Teersand-Extraktion könnten Kompensationszahlungen für entgangene Gewinne anfallen, wenn die kanadische Regierung sich irgendwann dazu entschließen sollte, umweltpolitisch tätig zu werden, z.B. indem sie Auflagen zum Wasser- oder Klimaschutz macht. Innerhalb der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA zum Bei-

spiel besteht bereits ein solches Investitionsschutz-Regime. Und dort hat sich gezeigt, dass es häufig genutzt wird, um umweltpolitische Regulierungen zu beanstanden – wobei häufig die Umwelt den Kürzeren zieht.

Das NAFTA bietet ein aktuelles Beispiel, wie sich das im Falle der Teersande auswirken könnte. Als die Provinzregierung von Neufundland dem Papierkonzern AbitibiBowater Wassernutzungsrechte entzog, weil dieser eine seiner Fabriken schloss, legte der Konzern Beschwerde unter Berufung auf das NAFTA ein. Gestützt wurde die Beschwerde auf die Behauptung, die Nutzungsrechte an (öffentlichen!) Wasserressourcen stellten ein Eigentum dar, welches nicht enteignet werden dürfe. Unter dem Strich zahlte die kanadische Bundesregierung dem Konzern eine Entschädigung in Höhe von 130 Mio. CA-\$ und schuf damit einen Präzedenzfall, auf den sich europäische Konzerne berufen könnten, sobald CETA in Kraft tritt. Die massive Wasserverschwendung bei der Teersand-Extraktion würde damit in einen Eigentumstitel verwandelt, der unter dem CETA-Abkommen einklagbar wäre gegenüber jeglicher Form von Umweltgesetzgebung. Wieder sticht Freihandel Umweltschutz aus.

Fazit

Auf beiden Seiten des Atlantiks würde das CETA-Abkommen in der gegenwärtigen Form politisches Eingreifen gegenüber der Teersand-Katastrophe erheblich erschweren. Damit wird CETA ein weiteres Beispiel dafür, dass bilaterale Handelsabkommen, die weit unterhalb der Schwelle öffentlicher Aufmerksamkeit verhandelt werden, oft ein Instrument darstellen, um einseitig die Profitinteressen transnationaler Konzerne durchzudrücken. Wenn bilaterales Handelsrecht selbst international verbindliche – wenn auch unzureichende – Abkommen wie das Kyoto-Protokoll aussticht, dann läuft einiges falsch. Damit zeigt sich ganz deutlich, dass der internationale Handel mit Rohstoffen nicht mit dem immer gleichen Baukasten neoliberalen Handelsrechtes organisiert werden kann, sondern einer demokratischen Kontrolle unterliegen muss. Auf jeden Fall aber darf Handelsrecht existierende demokratische Kontrolle nicht einfach aushebeln.

Zum Weiterlesen:

The Council of Canadian's CETA Kampagne:
<http://canadians.org/trade/issues/EU/index.html>

The UK No Tar Sands Network:
<http://www.no-tar-sands.org/>

Aktuelle Updates zu diesem Kurzbriefing:
<http://umweltgerechtigkeit.wordpress.com>

IMPRESSUM

Berlin, Juli 2011

Autor: Chris Methmann

Layout: Marcel Zienert

Redaktion/Kontakt:
Nicola Jaeger u. Peter Fuchs

Nicola.Jaeger@power-shift.de
Peter.Fuchs@power-shift.de

PowerShift -
Verein für eine ökologisch-solidarische
Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Gubener Str. 56
10243 Berlin
Deutschland / Germany

Tel.: +49-(0)30-616 55 890
Fax: +49-(0)30-538 10 710
www.power-shift.de

Weitere Infos zum Projekt *Klima und Handel*
des Forums Umwelt & Entwicklung:
<http://www.forumue.de>
(unter Themen: *Klima und Handel* anklicken)

Dieses Projekt wurde gefördert von



Die Verantwortung für den Inhalt liegt beim Projektträger.

PowerShift



Unterstützung für Teersande?

Auf Sand gebaut!

Update zum PowerShift-Briefing „Auf Sand gebaut: Wie Freihandel die Teersand-Extraktion vor der Umwelt schützt“ (Stand: 12.11.2011)

Am 04. Oktober 2011 hat die EU-Kommission entschieden, Teersande in der Fuel Quality Directive (EU-Kraftstoffqualitätsrichtlinie) mit einem gesonderten Wert von 107 Gramm CO₂ pro Megajoule aufzunehmen. Damit ist zunächst entschieden, dass die immensen kanadischen Lobbybemühungen, die wir in unserem Briefing beschrieben haben, fruchtlos geblieben sind. Die Entscheidung könnte sich faktisch als ein Importverbot für Teersande in der EU herausstellen. Noch steht allerdings die Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten (Anfang Dezember) und des EU-Parlamentes aus. Während Letzteres voraussichtlich kein Problem darstellen wird, stellt sich nach Medienberichten u.a. das deutsche Wirtschaftsministerium (geführt vom FDP-Wirtschaftsminister Rösler) quer und will den Kommissionsvorschlag zur Umsetzung der Direktive verhindern. Doch sollten die Pläne zum Importverbot, die hauptsächlich von EU-Kommissarin Hedegard vorangetrieben werden, Wirklichkeit werden, wäre dies eine herbe Schlappe für die kanadische Regierung und die Ölindustrie. So wurde in den letzten Tagen berichtet, dass nun zunehmend die nationalen Regierungen ins Visier kanadischer Lobbyisten geraten. Es wird sich zeigen, ob sich das Umweltministerium in dieser Frage gegen das Wirtschaftsministerium durchsetzen kann.



Möglicherweise werden die Lobbyisten auch langsam ein wenig panisch, denn auch an einer anderen Front bröckelt die Unterstützung für Teersande: In den USA formiert sich in den letzten Wochen zunehmend Widerstand gegen die „Keystone XL“-Pipeline, die für den Ausbau der Teersande von strategischer Bedeutung ist, und führt zu einem Erstarren der US-amerikanischen Umweltbewegung. Anfang November umzingelten mehr als zehntausend Menschen das Weiße Haus und setzen damit Präsident Obama unter Druck, der sich bis jetzt nicht zu einer Entscheidung gegen die Pipeline durchringen konnte. Offenbar mit (möglicherweise zweifelhaftem) Erfolg. Am 11. November 2011 wurde bekannt, dass die US-Regierung eine Entscheidung bis 2013 hinausschieben will. Was sich zunächst wie ein Etappensieg darstellt, kann schnell zum Bumerang werden – denn die Präsidentschaftswahlen und damit das entscheidende Druckmittel der Umweltbewegung sind dann vorbei.

In den vergangenen Wochen wurde zudem bekannt, dass TransCanada, die Keystone-Betreiber-Gesellschaft, schon jetzt Landbesitzern in den USA mit Enteignung droht, falls sie ihren Grund und Boden entlang der Trasse nicht freiwillig verkaufen. Auch wenn sie sich dabei nicht explizit darauf beruft, hat sie das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA im Rücken. Dieses Abkommen räumt Investoren großzügige Rechte ein und pocht auf nationale „Gleichbehandlung“. Zwar sind das Spekulationen, aber es

ist nicht auszuschließen, dass sich TransCanada im Falle einer Ablehnung des Pipelinebaus unter Berufung auf die NAFTA-Verträge juristisch zur Wehr setzt. Und es ist auch genau diese Stärkung von Investoren-Rechten, die ein zentrales Herzstück der EU-Kanada-Freihandelszone CETA ausmachen würden, das momentan zwischen beiden Regionen verhandelt wird. Auch wenn im konkreten Fall der Teersande momentan Anlass zur Hoffnung besteht, gibt es im Falle Freihandel und CETA keine Entwarnung: Wenn dieser Vertrag Wirklichkeit wird, dann könnte in Zukunft der größte Druck der Umweltbewegung nichts helfen – die Ölindustrie säße am längeren Hebel.

Autor: Chris Methmann

Weitere Infos und regelmäßige Updates auf:
<http://umweltgerechtigkeit.wordpress.com>

Kontakt:
PowerShift -
Verein für eine ökologisch-solidarische
Energie- & Weltwirtschaft e.V.
Gubener Str. 56
10243 Berlin

Peter.Fuchs@power-shift.de
www.power-shift.de